

## Ruhr Nachrichten vom 10. Mai 2014:

Am 25. Mai sind die Wähler gefordert: Es gilt Kreuzchen zu machen für die Wahl des Lünener Rates, des Kreistages Unna, des Landrates, des Integrationsrates und des Europäischen Parlaments. Gerade beim Thema Europa sind die Meinungen geteilt. Wir haben

daher einen Experten gebeten, zehn Europa-kritische Aussagen zu kommentieren. Außerdem portraituren wir auf dieser Seite beispielhaft einige Lünener aus EU-Ländern und berichten über Wissenswertes rund um die Europawahl.



**Wolfram Kuschke ist Lünener und überzeugter Europäer. Er hat den Vorsitz im Landesverband NRW der Europa-Union inne. Für unsere Zeitung hat er zu den zehn europakritischen Aussagen Stellung genommen. Kuschke war von 1985 bis 1998 und von 2005 bis 2012 Landtagsabgeordneter der SPD. Der Landesregierung gehörte er u.a. als Minister für Europaangelegenheiten an.**

RN-Foto Goldstein

## Deutschland ist der Zahlmeister der EU, wir füttern schwache Staaten wie Griechenland durch.

**Stimmt nicht.** Deutschlands Beitrag an die EU geht seit vielen Jahren zurück.

Der Pro-Kopf-Betrag, den jeder Deutsche in den Bundeshaushalt zahlt, ist höher als der Pro-Kopf-Betrag für die EU.

80 Prozent des EU-Haushaltes gehen an die Mitgliedsländer zurück und in den Ländern, Städten und Gemeinden werden Projekte der In-

frastruktur, Bildung und Ausbildung usw. finanziert. Davon profitieren gerade strukturschwache Regionen wie das östliche Ruhrgebiet. Keine andere europäische Volkswirtschaft profitiert so stark vom EU-Binnenmarkt wie die deutsche.

Hilfen für Staaten, die wie Griechenland in eine Staatsschuldenkrise gekommen sind, dürfen nur zeitlich be-

grenzt und unter strengen Auflagen erfolgen. Sie sind aus deutscher Sicht notwendig, weil im Rahmen der europäischen Verflechtung sonst auch Gefährdungen für den deutschen Finanz- und Wirtschaftsmarkt bestehen.

Ärgerlich ist, dass bislang die Verursacher der Staatsschuldenkrise zu wenig zur Verantwortung gezogen wurden.

## Im Vergleich zu den meisten anderen EU-Staaten geht es Deutschland gut. Wir sollten besser wieder unser eigenes Ding machen, ohne EU.

**Stimmt teilweise.** Dass es uns gut geht, hat auch viel mit der Europäischen Union zu tun: Wir profitieren in besonderem Maße vom europäischen Binnenmarkt und den wegge-

fallenen Grenzen in Europa. Das macht uns in Europa, aber auch darüber hinaus zum „Exportweltmeister“ und sichert und schafft Arbeitsplätze. Die zu künftigen He-

rausforderungen in Asien, im Pazifik – in der Konkurrenz auch zu den USA – können wir als Nationalstaat nicht bestehen, sondern nur mit der Kraft der EU.

## Hätten wir noch die D-Mark, würde es uns sogar noch besser gehen. Der Euro hat doch alles nur teurer gemacht.

**Stimmt nicht.** Der Euro ist – allen Unkenrufen bei seiner Einführung zum Trotz – eine der stabilsten Währungen der Welt.

Auch im Vergleich zum US-

Dollar und Schweizer Franken. Die Inflationsrate ist nicht gestiegen. Gestiegen sind in der Tat Preise für Benzin, Heizung, Kaffee und das Gaststättengewerbe.

Gefallen sind die Preise für langlebige Güter. Was im Einzelnen der Wirkung des Euros zuzuschreiben ist, ist im Übrigen oftmals nur sehr schwer festzustellen.

## **Die EU ist im Regulierungswahn und schreibt sogar vor, wie krumm die Gurke sein darf. Das braucht doch keiner.**

**Dies stimmt leider teilweise.** Aber es ist interessant festzustellen, wer häufig Verursacher der krummen Gurken und Bananen, der Ölkänn-

chen in Gaststätten usw. ist: Der jeweilige Handel, der – unterstützt von „seinen“ nationalen Regierungen – Lobby-Arbeit in Brüssel betreibt.

Hier wären mehr Vertrauen in die Vernunft der Verbraucher und der Einsatz von Anreizen für vernünftiges Konsumentenverhalten sinnvoll!

## **Die EU will immer mehr bestimmen. Irgendwann haben deutsche Politiker gar nichts mehr zu sagen.**

**Stimmt teilweise.** De facto verhindern die vorhandenen Verträge eine Ausweitung der Kompetenzen der Europäischen Union, aber manchmal hat es den Anschein, dass Teile der europäischen Bürokratie

das anders sehen. Hier hilft ein einfacher Grundsatz: die Dinge dort regeln, wo sie sinnvoll und bürgernah geregelt werden können, also vor allem auf der kommunalen

und regionalen Ebene. Die Staatsschuldenkrise hat aber auch gezeigt, dass wir einen Bedarf an mehr gemeinsamer Wirtschafts- und Finanzpolitik haben.

## **Für die EU-Kommission in Brüssel arbeiten zirka 10 000 Beamte, die viel Geld verdienen. Das EU-Parlament hat seinen Sitz in Straßburg, tagt aber auch in Luxemburg und Brüssel. Da stehen doch Aufwand und Nutzen in keinem Verhältnis.**

**Stimmt teilweise.** 10 000 Beamte sind angesichts von 505 Millionen Bürgern und im Vergleich zu 17 000 Arbeitern, Angestellten und Beamten in einer deutschen Großstadt wie Köln sicherlich nicht zu viel.

Aber der „Wanderzirkus“

des Europäischen Parlaments ist geeignet, Vorurteile noch zu verstärken.

Was einmal aus einer bestimmten historischen Situation entstanden ist, eben Straßburg, muss nicht für alle Zeiten gelten und kann behutsam verändert werden.

## Ruhr Nachrichten vom 10. Mai 2014:

### **Von der EU hört man zwar dauernd in den Nachrichten, aber wir hier vor Ort in Lünen haben gar nichts davon.**

**Stimmt nicht.** Gerade in den letzten Jahren hat die Stadt ihre europäischen Aktivitäten verstärkt.

Wir sind eine vom Land ausgezeichnete „Europaaktive Gemeinde“, haben eine Europaschule und beleben unsere Partnerschaften neu. Auch in der Zivilgesellschaft, bei den Bürgern tut sich einiges, wofür auch die Aktivitä-

ten der Europa-Union stehen.

Fördergelder für das Lüntec, das Projekt „Soziale Stadt Gahmen“, Maßnahmen für die Umweltwerkstatt u.a. könnten noch mehr herausgestellt werden.

Und es gilt natürlich auch für Lünen: 60 Jahre Frieden und Freiheit in Europa haben auch für uns hier ein Leben ohne Krieg ermöglicht.

### **Mit 28 Mitgliedsländern ist die EU kaum noch steuerbar. Die schnelle Osterweiterung in den vergangenen Jahren war eindeutig falsch.**

**Stimmt teilweise.** Vor allem angesichts der Mitgliedschaft von Bulgarien und Rumänien und der strengen Auflagen, die Brüssel aufrecht hält, kann man fragen, ob der Zeitpunkt der Aufnahmen richtig war.

Andererseits: Wären die – unstrittig – vorhandenen Fortschritte ohne die Mit-

gliedschaft überhaupt erfolgt und gäbe es ausreichend Motivation zu weiterer demokratischer Entwicklung?

Reformen wie die Stärkung des Parlaments, die Verringerung der Zahl der Kommissare und die stärkere Beteiligung der Bürger- und Zivilgesellschaft sind zukünftig aber notwendig.

## Ruhr Nachrichten vom 10. Mai 2014:

### **Ein Land wie die Türkei, dessen Regierung Twitter und Youtube sperren ließ, darf auf keinen Fall in die EU aufgenommen werden.**

**Stimmt.** Die Verhandlungen mit dem Ziel des Beitritts sind ein Prozess mit offenem Ende. Ich würde mir aber wünschen, dass die Verhandlungen nicht bis zum „Sankt-

Nimmerleinstag“ gehen.

Die Handhabung demokratischer Bürgerrechte durch die derzeitige türkische Regierung macht zurzeit einen Beitritt unrealistisch.

### **Zur Europawahl zu gehen bringt sowieso nichts. Da bleibe ich am 25. Mai besser zu Hause.**

**Stimmt nicht.** Auch bei der Wahl des Europäischen Parlaments gilt: Wer nicht wählen geht, hat schon gewählt!

Er unterstützt – ungewollt – diejenigen, die die Erfolge, Chancen und Perspektiven der Europäischen Union nicht

sehen. Das Wahlrecht ist außerdem auch ein elementares Bürgerrecht, das für ein Europa der Freiheit und Aufklärung steht!

Außerdem gilt immer: Wer nicht wählt, darf hinterher nicht meckern!